

Industriestraße folgt Gehwegen

Stadtrat Burgbernheim entschied über Sanierungsmaßnahmen – Bauende nächstes Jahr

BURGBERNHEIM (cs) – Es liegen etliche Monate zwischen der Neugestaltung der Gehwege in der Bergeler Straße und der Sanierung des östlichen Teils der Industriestraße, in beiden Fällen aber erhalten die Anlieger im Januar einen Abrechnungsbescheid. Die Gründe für die unterschiedliche Vorgehensweise sind vielschichtig – und waren in der Stadtratssitzung nicht unumstritten.

Bis Mitte Februar haben die Anlieger Zeit, ihren Beitrag an den Straßenmaßnahmen zu leisten, im Fall der Industriestraße können sie auf Wunsch auch noch im Dezember ihre Abrechnung erhalten. Bürgermeister Matthias Schwarz sicherte hier eine flexible Vorgehensweise der Stadtverwaltung zu. Klar ist die Sache in der Bergeler Straße. Die Straßensanierung oblag zwar dem Landkreis, die Arbeiten an den Gehwegen werden dagegen anteilig den Anwohnern angerechnet. Bürgermeister Schwarz wie Roland Neumann von der Stadtverwaltung sprachen einhellig von „moderaten“ Beiträgen, in der Bergeler Straße selbst beträgt der Umlagefaktor 1,44 Cent pro Quadratmeter. In den beiden Stichwegen der Bergeler Straße beziehungsweise Schlossgasse wurde ein Umlagefaktor von 0,87 Euro pro Quadratmeter respektive 1,16 Euro pro Quadratmeter errechnet.

Insgesamt lagen die Kosten für die Neugestaltung der Gehwege bei rund 237 760 Euro (inklusive unter anderem der Straßenbeleuchtung), nach Abzügen wie beispielsweise der Zuschüsse durch die Städtebauförderung verbleiben unter dem Strich Kosten in Höhe von 102 877 Euro. Davon trägt die Stadt einen 45-prozentigen Anteil, der Rest (gut 56 500 Euro) sind umlagefähige Kosten. Noch vor Weihnachten sollen die Anlieger eine Information mit den konkret auf sie zukommenden Kosten erhalten, die endgültigen

Bescheide selbst gehen im neuen Jahr heraus. Bürgermeister Schwarz sprach von einer „sehr gelungenen Maßnahme“, die während der Arbeiten selbst mit „sehr wenig Ärger“ verbunden war. Seitdem allerdings musste die Stadt mehrfach die Schlussrechnung anmahnen, weshalb die Gesamtmaßnahme erst jetzt auch finanziell abgeschlossen werden kann.

Vorablestungen nötig

Ganz anders in der Industriestraße, die im nächsten Jahr fertig gestellt wird, wenn die noch fehlende Feinschicht (geplant im März oder April) aufgetragen wird. Da sowohl die Arbeiten an den Gehwegen wie auch die Grundstückzufahrten noch beendet werden konnten, schlug Bürgermeister Schwarz die Erhebung von Vorausleistungen vor. Grund hierfür ist zum einen die Höhe der Gesamtkosten, die bei ungefähr (laut Angeboten) 267 777 Euro liegt, hinzu kommt die Mehrwertsteuer. Mit Blick auf den anstehenden Sporthallenbau ist der städtische Haushalt für 2009 ohnehin ausgereizt. Schwarz erhofft sich durch die Vorausleistung eine gewisse Entlastung des Etats, wird doch für das nächste Jahr bereits mit Kosten in Höhe von mehr als zwei Millionen Euro für den Hallenneubau gerechnet, die Fördergelder fließen im Gegenzug deutlich später.

Was die Industriestraße angeht, kommt hinzu, dass eine Endabrechnung der Gesamtmaßnahme voraussichtlich frühestens im Herbst oder Spätherbst 2009 erfolgen kann. Zum anderen könnte nach Einschätzung von Schwarz aber auch den Anliegern unter die Arme gegriffen werden, wenn der komplette Beitragsatz nicht auf einmal eingefordert wird. Während sich Marcus Reindler (Freie Bürger) und Stefan Schuster (CSU) nicht zuletzt angesichts der bereits entstandenen Kosten für

die Stadt für die Erhebung von Vorausleistungen aussprachen, gab es aus den Reihen der SPD Widerstand. „Ich kann mich nicht dafür erwärmen“, sprach Josef Bacher von einer Ungleichbehandlung von Anliegern in der Industriestraße im Vergleich zur Bergeler Straße oder auch der Uhrmachergasse. Dietmar Leberecht mochte sich aus Sicht „der betroffenen Bürger“ ebenfalls nicht mit der Vorausleistung anfreunden: „Es wird verglichen werden.“

Einhellig plädierten die Stadträte für die Zukunft für eine einheitliche Vorgehensweise, Roland Neumann zufolge sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben: Gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt können Vorausleistungen erhoben werden. Bürgermeister Schwarz verteidigte die Abrechnung beider Maßnahmen trotz unterschiedlichen Baubeginns mit der langen Wartezeit für die Schlussrechnung der Bergeler Straße, dies sei im Vorfeld nicht absehbar gewesen, die Stadt habe hier nur begrenzt Einflussmöglichkeiten. Laut Roland Neumann wurden die Anlieger der Industriestraße bei einer Informationsveranstaltung auf die Möglichkeit von fällig werdenden Vorausleistungen hingewiesen. Einstellen müssen sich auf diese übrigens nur die Anwohner im Bereich des sanierten, östlichen Straßenabschnitts, sie werden nicht für den Teil der neu gebauten Strecke notwendig. Die Erhebung von Vorausleistungen passierte mit vier Gegenstimmen den Stadtrat.

Post von der Stadt erhalten auch Anwohner, die mit ihren Lkw oder anderen Nutzfahrzeugen in der Bergeler Straße bereits jetzt für erste Beschädigungen der Gehwege gesorgt haben. Werner Staudinger (Freie Bürger) sprach von dem „ewig schwelenden Thema“ abgestellter Lkw im Ortskern, und machte auf erste Fahrrinnen aufmerksam.